

Die Vermögensabgabe-Enquete.

Budapest, 8. Februar.

Zur Brunsale des Finanzministeriums nahmen heute die Beratungen über die große Vermögensabgabe ihren Anfang. Der Beratung wurden ohne Unterschied der politischen Parteizugehörigkeit Sachleute zugezogen, deren Wissen und praktische Erfahrung bei Schaffung dieser größten Steuerreform der Regierung gute Dienste leisten werden. Es wurde die Verhandlungsart gewählt, daß vorerst über die Notwendigkeit der Vermögensabgabe, sowie deren Anwendung diskutiert wird, demnach eine allgemeine finanzpolitische Debatte erfolgt, nach deren Abschluß erst an die Verhandlung der im Fragebogen präzisierten Details geschritten wird. Als Ergebnis der heutigen Diskussion kann festgestellt werden, daß die meisten Sachleute grundsätzlich für die Einführung der Vermögensabgabe sind. Die gewissen Finanzminister Teleky und Popovics traten mit überzeugenden Argumenten für die Schaffung dieser einmaligen großen Abgabe ein, die sie als das einzige Mittel der Liquidierung der ungeheuren Kriegskosten bezeichneten. Ueber den Verlauf der Enquete berichten wir im nachstehenden:

Finanzminister Szende begrüßt die Erschienenen. Die Vorträge der großen Vermögensabgabe sind derart fortgeschritten, daß die Regierung nunmehr die Meinung aller Sachleute kennen lernen will. Die Ansichten des Finanzministers sind durch die Presse bereits jedermann bekannt, nun soll die Enquete der Regierung praktische Vorschläge erstatten. Die Finanzlage des Landes kann nur durch energische Maßnahmen saniert werden: entweder durch die Vermögensabgabe oder aber im Wege des Staatsbankrotts und der Devaluation. Die Regierung kann sich aber zu den letzteren Maßnahmen insofern, als irgendein anderes Mittel zur Vermeidung des Bankrotts noch vorhanden ist, nicht entschließen und sie wählt aus diesem Grunde die Inanspruchnahme aller Vermögen im Wege der einmaligen großen Abgabe, schon aus dem Grunde, weil dieser Weg sozialer und demokratischer ist. Was die Art und Durchführung der Vermögensabgabe betrifft, hat die Regierung bisher in keiner Richtung

Stellung genommen, und der Finanzminister wird sich freuen, wenn die Enquete ihm Mittel und Wege zu einer praktischen Sanierung der Staatsfinanzen weisen wird.

Alexander Popovics hält die große Vermögensabgabe auch aus volkswirtschaftlichen Gründen für unbedingt notwendig. Eine Entwirrung ist ohne Rangierung der Kriegskosten unmöglich, hierzu aber eigne sich nur die Vermögensabgabe. Den Staatsbankrott perhorresziert er als die gefährlichste Maßnahme. Die Tilgung der Lasten aus einer Einkommensteuer sei unmöglich; das ganze Ergebnis dieser Steuer im Jahre 1917 war bloß 92 Millionen Kronen. Da aber die schwebenden Schulden des Landes bei einer durchschnittlich 2-prozentigen Verzinsung eine jährliche Last von 360 Millionen erheischen, so müßte die Einkommensteuer vervierfacht werden, woran kaum gedacht werden könne. Es bleibt demnach nichts anderes übrig, als die Inanspruchnahme der Vermögen der Bürger. Auf Grund der Ergebnisse der bestehenden ergänzenden Vermögensteuer, bei der für das Jahr 1917 eine Basis von 26 Milliarden erzielt wurde, berechnet Redner die zu erhoffende Steuerbasis auf Grundlage der jetzigen hohen Vermögenswerte auf etwa 100 Milliarden. Ist diese Berechnung stichhaltig, so gehört die Regelung der Staatsschulden nicht in das Reich der Phantasmagorien. Die Lösung des Problems soll aber in der Weise erfolgen, daß vorerst das Vermögen, also die Steuerbasis, festgestellt werde, erst dann werden wir in die Lage kommen, die Skala des Steuerchlüssels im Verhältnis zu dem Bedarf feststellen zu können. Der Erlös der Vermögensabgabe muß aber in seiner Gänze zur Tilgung der Staatsschulden verwendet werden.

Mag Fenyo bezweifelt, daß die mehr als 50 Milliarden übersteigenden Staatsschulden aus der Vermögensabgabe getilgt werden können. Er fragt den Finanzminister, ob wir durch die Vermögensabgabe so viel erreichen können, um den Staatsbankrott und die Devaluation zu vermeiden. Stehe dies nicht zu erhoffen, so würde Redner lieber erst die Devaluation vornehmen. Soll es aber zu einer Vermögensabgabe kommen, dann müsse erst ein Vermögenssteuerkataster aufgestellt, und zur Veranlagung und Einhebung der Vermögensabgabe soll erst dann geschritten werden, wenn die normalen Wirtschaftsverhältnisse hergestellt sind, wovon nur dann gesprochen werden kann, wenn die Fabriken über Rohmaterial verfügen werden. Die Vorbedingung der einmaligen Vermögensabgabe bildet überhaupt die Regenerierung des Wirtschaftslebens. Die Industrie akzeptiere die Vermögensabgabe, doch hält sie eine internationale Regelung für geboten.

Finanzminister Szende erachtet die Vermögensabgabe auch in dem Falle für unabweislich, wenn ein Staatsbankrott folgen sollte. Für seine Person ist er überzeugt, daß die Devaluation verhütet werden könne.

Johann Teleky ist ein Anhänger der einmaligen großen Vermögensabgabe, die auch er als Finanzminister geplant hat. Diese Steuer bilde nicht eine Frage der Demokratie, sondern eine solche der Gerechtigkeit. Der Staatsbankrott ist das ungerechteste Mittel; viel gerechter als jener ist die Vermögensabgabe, jedoch unter der Bedingung, daß sie in gerechter Weise festgestellt und veranlagt wird. Die Lasten des Krieges sind bereits konsumiert, das Ziel ist jetzt bloß, die Lasten im Wege der Vermögensabgabe gerecht zu verteilen; ungeachtet dessen, ob die Nachbarstaaten auch ihrerseits diese gerechte Verteilung vornehmen oder nicht. Einer internationalen Vereinbarung bedürfte es nur in dem Falle, wenn wir die Lasten des Krieges im Wege jährlich wiederkehrender Steuern tilgen wollten. Dadurch aber, daß wir fiktive Werte abschreiben, gefährden wir keineswegs die Prosperität unserer künftigen Volkswirtschaft, vielmehr sichern wir sie, da die produktive Arbeit volkswirtschaftlich weniger belastet wird. Eines müsse aber beachtet werden, daß es nämlich gewisse mittelgroße Vermögen gibt, die in vollem Maße produktive Arbeit leisten und die voll in die Betriebe investiert sind. Bei diesen Vermögen muß die Einzahlung der Abgabe in Raten oder durch rentenweise Leistungen gestattet werden. Die Veranlagung der Vermögensabgabe muß gerecht sein, denn wenn hier sich ein Fehler einschleicht, so ist die Reparierung später fast unmöglich. Aus dieser Erwägung heraus dürfe man auch vor der Schaffung eines großen und kostspieligen Apparats nicht zurückschrecken, da doch die Vermögensabgabe dem Staate sehr große Summen zur Verfügung stellt. Die Arbeiten der Gesetzgebung müssen in zwei Gruppen geteilt werden. In erster Reihe soll die Steuergrundlage ermittelt werden, indem die steuerpflichtige Basis für jeden einzelnen

weiter Linie sei dann der Steuerchlüssel zu bestimmen und bei der Veranlagung könnten eventuell die Fehler der Feststellung der Steuerbasis noch korrigiert werden. Erst nach Kenntnis der Steuerbasis wird die Gesetzgebung bestimmen können, ob eine Sachbesteuerung notwendig sei oder ob man mit der Anwendung der persönlichen Steuer sein Auslangen finden könne. Die unterste Grenze der Vermögensabgabe ist, daß die Belastung für die Volkswirtschaft keine nachteilige Wirkung habe, die Höchstgrenze aber der Betrag sei, der zur Refundierung der Kriegsschulden benötigt wird. Redner billigt es, daß die Regierung das große Problem vor der öffentlichen Meinung schon jetzt der Reihe zuführen will und daß sie die notwendigen Schritte hierzu bereits jetzt unternimmt. Den Wiedereintritt der normalen Verhältnisse könne man nicht abwarten, ja diese Verhältnisse können sich sogar insofern nicht bessern, bis die Kriegslasten im Wege der Vermögensabgabe liquidiert wurden. Die Vermögensabgabe ist eine gerechte Lösung, die zur volkswirtschaftlichen Regenerierung des Landes führt.

Bela Földes glaubt nicht, daß ohne Besserung des Geldwertes die normalen wirtschaftlichen Zustände wiederkehren. Die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes sei unmöglich und Redner enthält sich nur aus dem Grunde der Verantwortung einer Devaluation, weil er keine Möglichkeit ihrer jetzigen Durchführung erblicke. Er polemisiert gegen die Ansicht, als ob in der gegenwärtigen Lage an die Vermögensabgabe erstlich zu denken wäre, da es unmöglich ist, eine einmalige Steuer einzuhoben, die zur Deduktion der Kriegsschulden hinreichen würde. Redner schlägt eine mäßige einmalige Steuer bis zu zwanzig Prozent vor, für den übrigen Teil der Staatsschuldentilgung hätten aber die künftigen Generationen zu sorgen.

Anton Eber kann sich keine andere Lösung als jene der Vermögensabgabe denken. Mit dem Begriffe des Staatsbankrotts dürfe man kein gefährliches Spiel treiben. Redner führt aus, daß die von der Regierung beschlossene Art der Bodenreform, bei der der Boden zu den Friedenspreisen enteignet wird, den Effekt der Vermögensabgabe in hohem Maße illusorisch macht. Es sei unbegreiflich, daß sich ein Finanzminister finde, der die Schaffung der Vermögensabgabe plant, dabei aber der Ungerechtigkeit zugestimmt hat, daß der Preis des Bodens schon im vorhinein auf ein Viertel des tatsächlichen

Wertes devalviert werde. Gleichzeitig mit der Durchführung der Vermögensabgabe müsse die Ordnung des Haushaltes wieder hergestellt werden. Der ideale Zweck sei, daß das Ergebnis der Vermögensabgabe über die Liquidierung der schwebenden Kriegsschulden hinausreiche. Weder die Eintreibung noch aber die Feststellung der Steuerbasis sei möglich, insofern die Grenzen des Landes nicht bekannt sind und die Vereinbarung mit den ehemaligen Teilern der Monarchie betreffend die Uebernahme der Kriegsschuld nicht erfolgt ist. Schließlich urgiert Redner energische Maßnahmen der Regierung in der Hinsicht, daß die nach der Hauptstadt strömenden arbeitslosen Müßiggänger zu Landarbeiten erhalten werden. Jede Vermögensabgabe wäre unnütz, wenn die Produktion nicht wieder aufgenommen wird.

Eugen Varga vertritt wohl die sozialdemokratische Partei, äußert jedoch nur seine persönlichen Ansichten. Er verpflichtet dem Standpunkte Telekys bei, wonach wir die Vermögensabgabe einführen müssen, auch wenn das Ausland diese Maßnahme unterläßt. Ungerechtigkeiten können hauptsächlich bei der Bewertung der Vermögensgegenstände vorkommen. Aus diesem Gesichtspunkte müsse der Staat berechtigt werden, von all jenen, die ihr Vermögen allzu niedrig einbekennen, dieses Vermögen zu dem faktierten Wert zu übernehmen. Bei der Vermögensabgabe müsse die volle Öffentlichkeit zur Geltung kommen. Die Zweiteilung des ganzen Volksganges hält er nicht für richtig. Redner wirt die Idee auf, daß jedermann verpflichtet werde, eine Abgabe nach einem approximativen Schlüssel schon jetzt einzuzahlen und die definitive Abrechnung möge sodann nach eingehaltener Feststellung der Vermögensabgabe erfolgen. Dieser Modus würde gewiß zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter der Massen wesentlich beitragen.

Finanzminister Szende suspendiert hierauf die Beratung bis Dienstag nachmittag 5 Uhr. Die morgige Sitzung findet im Brunsale der Handels- und Gewerbelammer statt.